

030 K 012/23



AMTSGERICHT MOERS

BESCHLUSS

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

**Donnerstag, 23.01.2025 um 09:00 Uhr,
im Saal 206, 2. Etage, Amtsgericht Moers, Haagstr. 7, 47441 Moers**

das im Grundbuch von Moers Blatt 4479 eingetragene

Grundbuchbezeichnung:

3.639/100.000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Moers,
Flur 7, Flurstücke
162, Gebäude- und Freifläche, Homberger Straße 70A, Essenberger
Straße 1D, groß 4,21 ar
160, Gebäude- und Freifläche, Essenberger Straße 1 g, 1 h, Homberger
Straße 70 b, 72 a, 72 b, 74 a, 74 b, 74 c , groß 10,58 ar
161, Gebäude- und Freifläche, Essenberger Straße 1 e, 1 f, Homberger
Straße 70 b, 72 a, 72 b, 74 a, 74 b, 74 c, groß 8,76 ar
verbunden mit dem Sondereigentum an der gewerblichen Einheit Nr. F 2
des Aufteilungsplanes, nebst Keller

versteigert werden.

Nach dem eingeholten Sachverständigengutachten handelt es sich bei dem Versteigerungsobjekt um eine etwa 203 m² große Gewerbeeinheit im 2. OG eines viergeschossigen, unterkellerten Wohn- und Geschäftshauses aus dem Jahr 1986

auf der Homberger Straße 74b mit Keller. Raumaufteilung: fünf Räume, zwei WC-Anlagen, 1 Dusche, Flur

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 11.08.2023 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG auf 220.000,- EUR festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

Moers, 28.11.2024